Frankenberger Tageblatt

Das Tageblatt erscheint an jedem Werktag: Monats-Bezugspreis bei Abholung in den Ausgabestellen der Stadt 2.00 RM., in den Ausgabestellen des Landbezirkes 2.10 RM., bei Zutragung im Stadtgebiet 2.15 RM., bei Zutragung im Landgebiet 2.20 RM. Wochenkarten 50 Pfg., Einzelnummer 10 Pfg., Sonnabendnummer 20 Pfg. Postscheckkonto: Leipzig 28201. Gemeindegirokonto: Frankenberg. Fernsprecher 51. — Telegramme: Tageblatt Frankenbergsachsen.

Bezirks-Anzeiger

Anzeigenpreis: 1 Millimeter Höhe einspaltig (= 36 mm breit) 7½ Pfennig, im Reklamenteil (= 72 mm breit) 20 Pfennig. Kleine Anzeigen sind bei Aufgabe zu bezahlen. Für Nachweis und Vermittlung 25 Pfennig Sondergebühr. — Für schwierige Sätze, bei Ausführungen mehrerer Auftraggeber in einer Anzeige und bei Platzvorschriften Aufschlag. Bei größeren Aufträgen und im Wiederholungsabdruck Ermäßigung nach feststehender Staffel.

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa behördlicherseits bestimmte Blatt

Rotationsdruck u. Verlag: C. G. Roßberg (Inh. Ernst Roßberg) in Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: Karl Liegert, Frankenberg

Nr. 256 — Dienstag den 3. November 1931 nachmittags — 90. Jahrgang

England für Aufrechterhaltung der deutschen Zahlungsfähigkeit

Die deutsche Tributinitiative – London wartet ab Klärung in Paris

Die Stillhaltefrage und von Hoeschs Pariser Aufgabe

Berlin, 2. 11. Eine Berliner Korrespondenz berichtet, daß der deutsche Botschafter von Hoesch in Paris u. a. einen Vorschlag unterbreiten werde, sieben Milliarden kurzfristige Kredite innerhalb von 10 Jahren in Jahresraten von je 700 Millionen Mark zurückzuzahlen. Von den schwebenden kurzfristigen Krediten in Höhe von 11,5 Milliarden liefen 4,5 Milliarden entweder als Rembourskredite oder in einer Weise, daß sie sich den Stillhalteverhandlungen aus volkswirtschaftlichen Gründen entziehen müßten. Für die restlichen 7 Milliarden Mark aber müsse ein Abkommen getroffen werden, das mit unserer Handelsbilanz und mit der Aufnahmefähigkeit der fremden Länder für deutsche Waren in Einklang gebracht werden könne.

Hierzu wird von unterrichteter Seite bemerkt, daß der Botschafter von Hoesch kaum den Auftrag erhalten haben dürfte, einen derartigen Vorschlag zu übermitteln. Richtig ist hingegen, daß die Beratungen über die Ersetzung des Stillhalteabkommens durch ein endgültiges Abkommen auf einen langjährigen Zahlungsplan hinauslaufen. Die Einzelheiten dieses Abzahlungsplanes stehen jedoch noch in keiner Weise fest. Alle Mitteilungen über Einzelheiten der Gesamthöhe der Verpflichtungen Deutschlands und der Höhe der Jahresrückzahlungen eilen somit den Tatsachen voraus.

Die wichtigste Vorbedingung für jede gemeinsame Aktion

London, 3. 11. (Funkspruch.) Wie aus zuständigen englischen Kreisen verlautet, beabsichtigt die Regierung gegenüber den Tributverhandlungen zunächst eine abwartende Haltung einzunehmen. Sie erwarte jetzt nach der Rückkehr Lavals einen Bericht über die Vorgänge, wie sie sich tatsächlich in Washington abgespielt haben. In diesem Sinne sei der englische Botschafter in Paris zur Berichterstattung aufgefordert worden. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" erklärt u. a., die englische Regierung überlasse die Initiative ganz zu Recht Frankreich und Deutschland, da sich die Tributfrage von der Kriegsschulden- und der gesamten internationalen Verschuldungsfrage nicht trennen lasse. Die „Times" sagt in einem Leitartikel u. a., daß Laval, der mit der gleichen unerbittlichen Logik wie Poincaré spreche und handle, sein Ziel erreicht und sich in Washington Klarheit über die Kriegsschulden- und die Sicherheitsfrage verschafft habe, die er deshalb in Berlin mit Absicht angeschnitten hätte. Laval habe jetzt freie Hand und könne versuchen, innerhalb des Rahmens des Versailler Vertrages und des Youngplanes zu einer dauernden Abmachung mit Deutschland zu kommen. Das Blatt weist darauf hin, daß Deutschland ungeheure Verpflichtungen zu erfüllen habe, bevor es die Tribute zahlen könne. Der Wiggin-Layton-Ausschuß habe ausdrücklich festgestellt, daß die Schuldensumme, die damals noch kleiner war als die jetzt von der deutschen Regierung angegebene, schon über die Leistungsfähigkeit Deutschlands hinausging.

Die wichtigste Frage sei die der Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands, wenn die wichtigsten Verpflichtungen fällig werden. Diese Frage berühre aber England und Amerika mehr als Frankreich. Ob die von Francqui oder Rist vorgeschlagenen Pläne erfolgreich sein würden, hänge in erster Linie von der Herstellung deutsch-französischer Beziehungen auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens ab. Wenn Laval dieses Ziel vor Augen habe, so könne er der Unterstützung des amtlichen England und der englischen öffentlichen Meinung sicher sein. Auf den Regierungen Deutschlands und Frankreichs laste eine große Verantwortung. Die Erhaltung der deutschen Zahlungsfähigkeit sei die erste und wichtigste Vorbedingung für jede gemeinsame Aktion zum Wiederaufbau Europas.

Erweiterung der Vollmachten des BIZ.-Ausschusses?

London, 2. 11. In seiner Besprechung der Washingtoner Verhandlungen Hoovers mit Laval weist der „Economist", dessen Herausgeber der bekannte englische Wirtschaftssachverständige Layton ist, darauf hin, daß gehandelt werden müsse. Nur wenige Monate verblieben, bis das Stillhalteabkommen ablaufe, das den größten Teil von Deutschlands kurzfristigen Krediten regele. Die neuerliche deutsche Nachprüfung gebe ein Bild über die Höhe der deutschen kurzfristigen Verschuldung und bestätige die bisher verschwiegene Tatsache, daß die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Stillhalteabkommen zu Ende Februar eine Aufgabe sei, die Deutschlands Zahlungsfähigkeit bei weitem übersteige. Da eine einfache Bankerotterklärung weitreichende Rückwirkungen auf die Banken der Gläubigerländer haben würde, müsse ein neues Abkommen für die Zukunft getroffen werden. Die heroische Anstrengung, die Deutschland während der Krise gemacht habe, um sein den Gläubigern gegebenes Wort zu halten, sei ein Beweis für Deutschlands Willen, an jedem durchführbaren Uebereinkommen mitzuarbeiten. Eine Lösung dieser Frage sei aber nur möglich, wenn ein Teil der kurzfristigen Schulden „fundiert" werde. Das sei aber völlig unmöglich, solange die Tributzahlungen nur vorübergehend eingestellt seien.

Allmähliche Klärung in Paris

Paris, 3. 11. (Funkspr.) Mit dem Eintreffen des französischen Ministerpräsidenten und der Rückkehr des deutschen Botschafters v. Hoesch hat sich die ziemlich verworrene Lage ein wenig geklärt. Die verschiedenen Gerüchte, die von allen Seiten über die angebliche Lösung der Tributfrage und der Frage der kurzfristigen Kredite verbreitet wurden, sind zum größten Teil als unwahr bezeichnet worden. Was bereits geschehen ist, bringt das „Journal" in den Worten zum Ausdruck, daß der französische Ministerpräsident aus Amerika die Handlungsfreiheit für Frankreich und die Notwendigkeit zu handeln mitgebracht habe. Außer diesem nicht zu unterschätzenden Erfolg der französischen Diplomatie ist jedoch nichts geschehen. Auch die Pariser Blätter, die bisher immer noch in dem Irrtum lebten, der deutsche Botschafter werde der französischen Regierung im Laufe des heutigen Dienstags Vorschläge der Reichsregierung unterbreiten, haben sich inzwischen von ihren Berliner Berichterstattern dahin belehren lassen, daß die für heute vorgesehene Unterredung Lavals mit dem Botschafter von Hoesch mehr der Unterrichtung dient und daß die Reichsregierung zunächst einmal die notwendigen Aufklärungen des französischen Ministerpräsidenten über eine ganze Reihe von Fragen erwartet, die in Washington erörtert wurden, ehe sie selbst zur Frage der kurzfristigen Kredite und der Tribute Stellung nehmen kann.

Eine Reihe von Blättern machen Deutschland den Vorwurf, mit den kurzfristigen Krediten und ihrer Rückzahlung so zu manövrieren, um den Beweis zu erbringen, daß es Deutschland unmöglich sei, auch nur einen geringen Teil der Tribute zu zahlen. Die nationalistische „Ordre" wirft Deutschland vor, durch seine überschraubten Forderungen jede deutsch-französische Annäherungspolitik unmöglich zu machen. Die „Journée industrielle" warnt vor Ueberstürzungen und erklärt, daß die deutsch-französische Zusammenarbeit nur sehr vernünftige Ziele verfolge, daß aber das Arbeitsprogramm der internationalen Besprechungen vorher in allen Einzelheiten ausgestellt werden müsse.

Französische Journalisten über den Lavalempfang in Neuyork

London, 2. 11. Erst auf der Rückfahrt Lavals nach Europa wurde es bekannt, daß der Empfang der Franzosen bei ihrer Ankunft in Neuyork keineswegs ihren Hoffnungen entsprochen hat. Gelegentlich ihrer Durchfahrt in Plymouth beschwerten sich französische Journalisten darüber, daß die ganze Empfangsfeierlichkeit schlecht organisiert gewesen sei. Es sei keine Trikolore zu sehen gewesen und anstelle des üblichen Konfettiregens auf der Fahrt zum Rathaus, seien diesmal anscheinend nur einige Papierkörbe von den obersten Stockwerken herabgeworfen worden. Die amerikanische Musikkapelle habe die Marsaillaise im Jazztempo gespielt und Bürgermeister Jimmy Walker, habe sich eine gröbliche Beleidigung zuschulden kommen lassen, als er in einer Ansprache die Vornamen Lavals und des französischen Botschafters miteinander verwechselte.

Kurzer Tagesspiegel

Das preußische Innenministerium hat am Montag auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der öffentlichen Ruhe und Ordnung für das gesamte Gebiet des Freistaates Preußen alle Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel verboten.

Zu dem Besuch des Botschafters von Hoesch in Berlin wird erklärt, daß man über die Ersetzung des Stillhalteabkommens durch ein endgültiges Abkommen auf einem langjährigen Zahlungsplan beraten habe. Alle Mitteilungen über Einzelheiten der Gesamthöhe der Verpflichtungen Deutschlands und der Höhe der Jahresrückzahlungen eilen jedoch den Tatsachen voraus.

Der Empfang des deutschen Botschafters von Hoesch durch Laval ist für Dienstag unmittelbar im Anschluß an den Ministerrat vorgesehen. Der Besprechung wird Außenminister Briand beiwohnen.

Das Völkerbundssekretariat hat noch weitere vier Zusagen zum Rüstungsfeierjahr erhalten und zwar von England, Estland, Litauen und Polen.

Die englische Regierung beabsichtigt, wie an zuständiger Stelle mitgeteilt wird, gegenüber den Tributverhandlungen zunächst eine abwartende Haltung einzunehmen. Weiterhin wird von englischer Seite erklärt, daß die wichtigste Frage der kommenden Finanzverhandlungen die Aufrechterhaltung der deutschen Zahlungsfähigkeit sei.

Bei den englischen Gemeindewahlen erlitt die englische Arbeiterpartei erneut schwere Verluste. Das Endergebnis steht noch nicht fest.

Der Führer der NSDAP Adolf Hitler nimmt in einer Erklärung zu den Meldungen über seine Unterredungen mit General von Schleicher Stellung.

Erleichterung der Wohlfahrtslasten?

Vom Verbande der Sächsischen Bezirksverbände wird uns geschrieben:

Verschiedentliche Auslassungen des Herrn Reichsministers der Finanzen sowie die durch die Staatsregierung veranlaßte Bekanntgabe der Beträge, die den Gemeinden und Bezirksverbänden aus Reichsmitteln zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten (dem sogenannten 150-Millionen-Fonds) zufließen, haben in weiten Kreisen der Bevölkerung den Anschein erweckt, als ob die Finanzlage der Bezirksverbände und Bezirksgemeinden sich in der letzten Zeit wesentlich gebessert habe. Diese Auffassung ist leider völlig unzutreffend. Es muß vielmehr festgestellt werden, daß die Bestimmungen der Reichsnotverordnung vom 6. 10. 1931 über Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden die Finanzlage der Bezirksverbände und Bezirksgemeinden nicht verbessert, sondern in einer gefahrdrohenden Weise verschlechtert haben.

Während die Bezirksverbände an dem durch die Reichsnotverordnung vom 5. 6. 1931 gebildeten Lohnsteuererstattungsfonds von 60 Millionen RM. mit 4,85 Millionen RM. (8,09 %) beteiligt waren, sind sie an dem 150-Millionen-Fonds mit 7,97 Millionen RM. (5,31 %) beteiligt. Die starke Verschlechterung des Beteiligungsverhältnisses ist einmal darauf zurückzuführen, daß der Kreis der am Fonds beteiligten Bezirksfürsorgeverbände sich wesentlich vergrößert hat, was zu einer Benachteiligung der schon bisher restlos beteiligten sächsischen Bezirksverbände geführt hat, zum andern darauf, daß der Verteilungsschlüssel zwischen städtischen und ländlichen Bezirksfürsorgeverbänden zu ungunsten der letzteren sehr erheblich verschlechtert worden ist. Die Neuregelung wirkt sich also für die Bezirksverbände und Bezirksgemeinden in doppelter Hinsicht ungünstig aus. Der Unterschiedsbetrag von 3,1 Mill. RM. wird aber voraussichtlich als Mehrbetrag nicht einmal voll zur Verfügung stehen, da die Reichsnotverordnung vom 6. 10. 1931 die in der N.-N.-V. vom 5. 6. 1931 ausgesprochene Verpflichtung der Länder zur Bereitstellung mindestens der Hälfte der Gehaltsersparnisse aus der Julikürzung für Zwecke der Wohlfahrtspflege wieder aufgehoben hat, so daß, falls die sächsische Regierung entgegen den Wünschen der kommunalen Spitzenverbände diese Mittel nicht mehr bereitstellt, den Bezirksverbänden in den kommenden Monaten Beträge von rund 1,8 Millionen RM. verloren gehen, mit denen sie bisher rechnen konnten. Es muß weiter beachtet werden, daß die bekanntgegebenen Reichsmittelzuweisungen nicht einmalige Zahlungen darstellen, sondern sich auf 6 Monate verteilen. Der Monatsbetrag von rund 1,3 Millionen RM. kommt aber tatsächlich nicht zur Verteilung, weil das Reichsfinanzministerium ohne Rücksicht auf die Notlage der sächsischen Kommunalverwaltungen die aufgelaufenen Rückstände an dem sogenannten Krisenfünftel beitreiben will und die restlose Erfüllung der laufenden Verpflichtungen zur Bezahlung des Krisenfünftels unnachsichtlich fordert. Die sächsischen Bezirksverbände und Bezirksgemeinden haben zurzeit monatlich rund 3 Millionen RM. für Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge und rund 800 000 RM. für das sogenannte Krisenfünftel aufzubringen. Nur deshalb, weil das Reich eine ausreichende Hilfe bisher nicht hat eintreten lassen, sind die Bezirksverbände mit den Zahlungen für das Krisenfünftel schon seit Monaten im erheblichen Umfange rückständig geblieben. Die Rückstände betragen zurzeit rund 10 Millionen RM. Das Reichsfinanzministerium wollte diese Rückstände durch Kürzung der Reichssteuerüberweisungen und Einbehaltung der Reichssondermittel in kürzester Frist beitreiben. Das würde den sofortigen völligen Zusammenbruch der Bezirksverbände und Bezirksgemeinden zur unausbleiblichen Folge gehabt haben. Den nachdrücklichen Bemühungen der sächsischen Regierung ist es gelungen, die Forderungen des Reichsfinanzministeriums etwas zu mildern, so daß die Abdeckung der Rückstände auf längere Zeit verteilt wird. Immerhin soll die Hälfte der Rückstände durch Kürzung der Ueberweisungssteuern und der Reichshilfe aus dem 150 Millionen-Fonds noch in diesem Rechnungsjahre abgedeckt und ein weiteres Anwachsen der Rückstände durch Verrechnung der neu entstehenden Verpflichtungen mit den Ueberweisungssteuern und den Reichshilfemitteln verhindert werden. Das ergibt praktisch, daß den Bezirksverbänden nennenswerte Beträge aus dem 150 Millionen-Fonds überhaupt nicht zur Verfügung stehen werden. Sie müssen daher die Aufwendungen in Höhe von monatlich 3 Millionen RM. für Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge aus eigenen Mitteln aufbringen. Das ist völlig unmöglich. Es muß also mit allem Nachdruck gefordert werden, daß diese Aufwendungen für Wohlfahrtserwerbslose zu sehr erheblichen Teilen aus den vom Reiche bereitgestellten Sondermitteln gedeckt werden.

Von einer Verbesserung der Finanzlage der Bezirksverbände und Bezirksgemeinden kann nach alledem nicht gesprochen werden. Es ist nur zu hoffen, daß der Reichsminister der Finanzen, der nach den letzten Pressemitteilungen die Finanzlage der Kommunen immer noch wesentlich günstiger ansieht, als sie tatsächlich ist, sich der besonderen Notlage der sächsischen Kommunalverwaltungen nicht länger verschließt.

SLUB
Wir führen Wissen.